



POLEN (Rzeczpospolita Polska)

Fläche	312.679 km² (5/6 der Fläche Deutschlands)
Einwohner	37,8 Mio. (zum Vergleich Deutschland: 83,2 Mio.)
Einwohner / km²	123
Hauptstadt	Warszawa/Warschau, (1,75 Mio. Einwohner) weitere Großstädte Kraków/Krakau (765.000). Łódź (697.000), Wrocław/Breslau (638.000)
Unabhängigkeit	11. November 1918 (Staatsfeiertag)
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit gesetzgebendem Sejm (460 Sitze) und Senat (100 Sitze) Staatspräsident Andrzej Duda (wiedergewählt im Juli 2020) Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (seit Ende 2017) Die Exekutive wird vom Ministerpräsidenten (polnisch kurz <i>Premier</i>) und einem Ministerrat ausgeführt, die vom Staatspräsidenten ernannt werden und mit diesem bestimmte Kompetenzen (Landesverteidigung, Außenpolitik) teilen, jedoch dem Parlament verantwortlich sind.
Religion	95,8 % der christlichen Bevölkerung sind römisch-katholisch, 570 000 Orthodoxe, 270 000 Protestanten zudem sehr kleine jüdische Minderheit weniger als 5 % der Bevölkerung sind konfessionslos
BIP/Einwohner	25.100 € (nach Kaufkraftstandard, 2021) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 39.400 € Niveau des BIP/Kopf: 74 % des Durchschnitts der EU (27)
Anteil der Beschäftigten in	Landwirtschaft 6 % Industrie 35 % Dienstleistungen 59 %
BIP-Wachstum	-2,7 % (2020), 4,9 % (2021), 4,9 % (2022, Schätzung)
Inflationsrate	3,7 % (2020), 4,8 % (2021), 3,7 % (2022, Schätzung)
Arbeitslosenquote	3,2 % (2020), 3,6 % (2021), 3,2 % (2022, Schätzung)

Aus historischen und politischen Erwägungen genießt die seit dem 1. Mai 2004 bestehende **EU-Vollmitgliedschaft** Polens nach wie vor einen hohen Stellenwert in der polnischen Außenpolitik, gerade auch in den **sehr schwierigen Zeiten der Covid-19-Pandemie**. Allerdings scheut Polen nicht vor nationalen Alleingängen bei Grenzschließungen und weiteren einschränkenden Maßnahmen zurück. Aus dem gigantischen Corona-Hilfsfonds der EU wird Polen knapp 40 Mrd. Euro erhalten, was zur Bewältigung der massiven Krise beitragen soll.

Der Weg in die Gemeinschaft freier und demokratischer Völker Europas begann für Polen nicht erst 1989 mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, sondern bereits zehn Jahre zuvor mit den Streiks der Gewerkschaftsbewegung **Solidarność** in Danzig. Der Kampf der gewerkschaftlichen Opposition unter Lech Wałęsa in den 1980er Jahren für politischen und wirtschaftlichen Wandel bereitete den Weg in die Demokratie und legte den Grundstein für das heutige demokratische Polen. Polen als Flächenstaat des östlichen Mitteleuropa hat **Grenzen** mit sieben Staaten und kann daher als ein natürlicher Mittler zwischen Ost und West und Förderer der regionalen Zusammenarbeit gelten. Die Grenze zu Deutschland (Oder-Neiße-Grenze) ist ca. 470 km lang.

Von der seit 2004 bestehenden Vollmitgliedschaft in der EU erhofften sich die polnischen Bürgerinnen und Bürger:

- die **„Rückkehr in die westliche Welt“** nach der Zeit der Zwangszugehörigkeit zum „Ostblock“ unter sowjetischer Führung. Auch die kulturelle und historische Dimension spielt hier eine bedeutsame Rolle. Polen verabschiedete am 3. Mai 1791 die erste geschriebene Verfassung in Europa. Die Einbindung in das kulturelle, wissenschaftliche und geistige Leben in Europa war immer stark ausgeprägt. Schon das Jahr 1000 und die damit verbundene endgültige Entscheidung für die lateinisch-christliche Kirche stellen für Polen ein wichtiges Ereignis dar. Nicht zuletzt muss der 1978 gewählte und 2005 verstorbene Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) mit seiner überragenden weltweiten Wirkung hervorgehoben werden. Seine Besuche in der damaligen Volksrepublik Polen waren von bahnbrechender Bedeutung für den Wandel.
- **Stabilität** und **Sicherheit** für ihr Land. Dazu zählt auch die seit März 1999 bestehende NATO-Mitgliedschaft. Die keineswegs unumstrittene, wenn auch wenig in der Öffentlichkeit kritisierte Beteiligung am Irak-Krieg und die bedingungslose Treue zur damaligen US-Administration von George W. Bush haben nicht zuletzt in den Beziehungen zu anderen EU-Ländern zu einer Reihe von Spannungen geführt. Die Regierung unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk versuchte ab 2007, das Verhältnis zu anderen EU-Staaten nachhaltig zu verbessern und vor allem die Beziehungen zu Deutschland auf eine pragmatische Grundlage zu stellen. Unter der gegenwärtigen Regierung unter der Herrschaft der Partei PiS nahmen die Spannungen mit Brüssel sowie Berlin erheblich zu.
- den Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**.
- die Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung** ihrer Volkswirtschaft, den Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt und die **Stabilisierung** der noch jungen **Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Polen bewusst, dass in der Europäischen Union das geringe Pro-Kopf-Einkommen und die agrarische Prägung des Landes als problematisch bewertet werden. Vor allem in Deutschland und Österreich sowie nunmehr im Vereinigten Königreich (Brexit) gab und gibt es viele Vorbehalte gegen die Öffnung der Arbeitsmärkte für polnische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer. Eine befürchtete Welle der Völkerwanderung ist freilich nicht eingetreten, auch wenn Deutschland in den letzten Jahren einen deutlichen Zuzug von polnischen Arbeitskräften zu verzeichnen hat.
- Die Bevölkerung erwartet von der EU vor allem auch eine rasche **Verbesserung des Lebensstandards** und bessere soziale Lebensbedingungen nach langen und harten Jahren

der wirtschaftlichen Anpassung an ein marktwirtschaftliches System und der unternehmerischen Umstrukturierungen.

Geschichte des Reformprozesses seit 1989

Polen gehörte zu den ersten ostmitteleuropäischen Reformstaaten während der „**Wendezeit 1989/1990**“. Es hat sich im Gefolge der Umwandlungsprozesse eine **pluralistische Demokratie** entwickelt. Der Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem vollzog sich friedlich. Dennoch müssen in einzelnen Bereichen des politischen Systems Reformen durchgeführt werden (wie beispielsweise bei der Reform der Sozialversicherung), damit die notwendigen Anpassungsschritte für eine bessere **EU-Integration** vollzogen werden können. Der Regierungs- und Verwaltungsapparat muss noch modernisiert werden. Von einer **konsolidierten Parteiendemokratie** kann aufgrund der wenig ausgeprägten Stabilität im Parteienspektrum nicht gesprochen werden.

Innerhalb des polnischen Staates muss sich die **katholische Kirche** erst wieder ihre einst sehr starke Stellung erarbeiten. Gerade sie stellte während der sozialistischen Herrschaft ein enorm wichtiges Sammelbecken anti-kommunistischer Kräfte dar. Ähnliches gilt ebenso für die Gewerkschaften. Das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung gesellschaftlicher Organisationen und zivilgesellschaftlicher Interessengruppen für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie ist wenig entwickelt. Die Medienlandschaft entwickelt sich immer stärker, dies ist jedoch verbunden mit dem Problem der Konzentration wirtschaftlicher Macht. Der Aufbau der so genannten „Civil Society“ verläuft schleppend, da die Beteiligung der Menschen an gesellschaftlichen Aktivitäten nicht sonderlich ausgeprägt ist. Dies könnte mit der historisch begründeten „anti-etatistischen“ Grundhaltung der Polen erklärt werden.

Polen verabschiedete 1997 eine neue **Verfassung**, die auf republikanisch-demokratischen Elementen basiert und sowohl ein parlamentarisches Regierungssystem als auch den demokratischen Rechtsstaat verankert. Als Ziel wurde die Etablierung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ definiert. Ebenso wurde ein Verfassungsgericht ins Leben gerufen. Die deutsche Minderheit (ca. 250.000 Menschen), deren Rechte und Schutz garantiert sind, ist mittlerweile mit nur noch einem Abgeordneten im polnischen Parlament, dem Sejm, vertreten.

Grund zu Besorgnis gibt die **Korruption** in Polen, obwohl Gesetze zu ihrer Eindämmung verabschiedet wurden. Doch nach wie vor stellt dieses Problem eines der gesellschaftlichen und politischen Hauptübel in der Wahrnehmung der Bevölkerung dar. Darüber hinaus zeigt sich eine ausgeprägte Politikverdrossenheit, da vor allem junge Menschen von den politischen Eliten – egal aus welchem politischen Lager – bitter enttäuscht wurden. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Parlamentswahlen im Oktober 2019 lag bei über 61 Prozent!

Politik heute – Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019/2020

Einen einschneidenden Richtungswechsel und eine komplette Neuausrichtung der Politik beobachtete man nach den Wahlen vom Herbst 2015. Geradezu erdrutschartig war der Wahlerfolg der **national-konservativen Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit)**, angeführt von **Jarosław Kaczyński**, dem Parteivorsitzenden, der seine Wahlkampfleiterin **Beata Szydło** zur **Ministerpräsidentin** (bis Ende 2017 im Amt) kürte. Davor hatten die Polinnen und Polen über den neuen **Präsidenten** der Republik Polen (Rzeczpospolita Polska) zu entscheiden. Auch hier hatte sich der Kandidat der national-konservativen Partei PiS durchgesetzt. Seit August 2015 übt nun **Andrzej Duda** das Amt des höchsten Repräsentanten dieses wichtigen östlichen Nachbarlandes Deutschlands aus. Dieser gewaltige Rechtsruck ist unvermeidlich mit Konsequenzen verbunden, da sich die „graue Eminenz“ im Hintergrund, Jarosław Kaczyński, stets dezidiert EU-skeptisch und bisweilen ausgesprochen deutschlandfeindlich äußerte. Vor

allem aber in der Flüchtlingspolitik zeigt sich nun eine stärkere Abschottungs- und Abschreckungspolitik (ähnlich wie in Ungarn unter Viktor Orbán).

Die **rechtskonservative und populistische Partei PiS** des Vorsitzenden Jarosław Kaczyński nutzte dabei die Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung aufgrund der weiterhin bestehenden sozialen Spannungen. Besonders stark vertreten ist PiS in den östlichen und südöstlichen ländlichen Regionen. So können also die Superwahljahre 2015 und 2019/2020 als Wendjahre in die Geschichte der Innen- und Außenpolitik Polens und vor allem der Positionierung gegenüber (sic!) und nicht innerhalb der EU eingehen, denn sowohl der momentan **amtierende Ministerpräsident Mateusz Morawiecki** (seit Ende 2017) als auch der **Staatspräsident Andrzej Duda** gelten als ausgewiesene Verfechter von nationalstaatlich aufgeladenem Patriotismus sowie Rückbesinnung auf national-konservative Werte wie Heimat, Vaterland, Familie, Ehe und ethnisch homogene Bevölkerung und richten sich vielfach auch massiv gegen die Schwulen- und Lesbencommunity (LGBTQI). Gerade die Debatte um die vom Parlament abgelehnte Verschärfung des Abtreibungsrechts löste heftige Kontroversen in der Bevölkerung aus. Mittlerweile zeigt eine enorm zugespitzte Diskussion den von der Regierungspartei beabsichtigten radikalen Umbau des Staatswesens in Richtung Stärkung der Exekutive und Schwächung einer unabhängigen Justiz. Zivilgesellschaftliches Engagement äußert sich in immer wieder stattfindenden Massendemonstrationen der außerparlamentarischen Opposition. Die Regierungspartei PiS konnte ihre Machtposition eindeutig festigen und verfügt über die absolute Mehrheit der Sitze im polnischen Parlament (Sejm). Moderate politische Kräfte wollten durch die Bildung eines breiten „pro-europäischen“ Bündnisses Paroli bieten, hatte aber letztendlich der national-konservativen Ausrichtung nichts entgegenzusetzen. Der Versuch der Europäischen Koalition KE, die Regierungspartei PiS aus dem Amt zu drängen und eine breite Koalition der Mitte aufzustellen, muss als gescheitert betrachtet werden.

Katyń – die Geschichte einer Tragödie

Seit dem 10. April 2010 verbindet sich mit dem nahe Smolensk gelegenen Ort Katyń eine doppelte Tragödie – die der Ermordung Tausender polnischer Offiziere im Frühjahr 1940 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD sowie die des Flugzeugunglücks am frühen Morgen dieses verhängnisvollen Tages im Jahr 2010. Bei dichtem Nebel verfehlte die polnische Regierungsmaschine beim Anflug auf den Flughafen die Landebahn und stürzte in ein Waldgebiet. Mit Präsident Lech Kaczyński und seiner Frau kamen alle übrigen 94 Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben – Politiker der verschiedenen Lager, hohe Militärs, Geistliche dreier Konfessionen sowie Witwen und Nachkommen ihrer in Katyń vom sowjetischen Geheimdienst NKWD ermordeten Angehörigen. Sie alle wollten in Katyń an diesem 70. Jahrestag des Massakers der Opfer gedenken. Die Anteilnahme an dieser Katastrophe war überwältigend. In Polen trauerte in seltener Einmütigkeit die ganze Nation, so wie sie am 2. April 2005 den Tod „ihres“ Papstes betrauert hatte. Mit Respekt verfolgte das Ausland diese Solidarität in der Trauer und der Ehrung der Toten. Für viele Polen bedeutete diese Tragödie eine Fortsetzung des polnischen Matyriums, das das Land seit Jahrhunderten plagt und sich tief in das kollektive Gedächtnis einprägt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Polen hat inzwischen nach langen und harten Jahren des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft und der umfassenden Privatisierung eine gut ausgebaute und **funktionierende Marktwirtschaft**. Die Privatwirtschaft ist bestimmend für die wirtschaftliche Leistung. Dennoch bedarf es weiterer Reformen, besonders nach den Jahren des Booms in den 1990er Jahren geriet die Wirtschaft ins Straucheln. Schon vor mehr als zehn Jahren kam es zu einem ersten konjunkturellen Abschwung. Das reale Wirtschaftswachstum sank auf nur noch 2 bis 3 % pro Jahr. Lange Zeit waren die **Arbeitslosenquote** mit über 18 % sowie eine enorm hohe **Jugendarbeitslosigkeit** das Hauptübel der wirtschaftlichen Strukturprobleme. Zwischenzeitlich

schnellte die Arbeitslosenquote Anfang der 2000er Jahre in manchen Regionen Ost- und Nordpolens sogar auf über 20 % hoch. Durch das **hohe Wirtschaftswachstum** der letzten Jahre, den gestiegenen Handel, auch mit Deutschland, sowie die (temporäre) Auswanderung von bis zu drei Millionen Polen (insbesondere in Richtung Deutschland, Großbritannien oder Irland) konnte die Arbeitslosigkeit bis Ende 2019 sogar auf unter 4 Prozent gesenkt werden. Von der Weltwirtschaftskrise 2009/2010 war Polen als einziges EU-Land nicht übermäßig betroffen und verzeichnete sogar ein positives Wachstum, während alle anderen Volkswirtschaften innerhalb der EU mit einer harten Rezession kämpfen mussten. Trotz des Wirtschaftswachstums stieg die Arbeitslosigkeit auf über 10 % wieder an. Bis zum Ausbruch der **Covid-19-Pandemie** beobachteten wir einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Die **Arbeitslosenquote** betrug Ende 2021 sogar weniger als 4 % und lag damit deutlich unter dem Schnitt der anderen EU-Länder. Polen ist wirtschaftlich deutlich stabiler als die krisengeschüttelten Länder Spanien, Portugal oder insbesondere Griechenland. „Polnische Wirtschaft“ ist längst kein negativ belegter Begriff mehr, sondern zeigt den Erfolg von 30 Jahren wirtschaftlicher Systemtransformation!

Für Polen brachten die Jahre 2010 bis 2019 ein beachtliches **reales Wirtschaftswachstum** von jährlich 3 bis 4 %. Jedoch sind die strukturellen Probleme in vielen Industriebranchen und in der Landwirtschaft nach wie vor enorm. Es herrscht zudem ein riesiges Stadt-Land-Gefälle. Vor allem der Osten des Landes ist von sehr hoher Arbeitslosigkeit gebeutelt. Auch unter Jugendlichen von 18 bis 25 Jahren herrscht eine höhere Arbeitslosigkeit, sodass viele junge Menschen versuchen, das Land zu verlassen, um im europäischen Ausland zu arbeiten. Die **Covid-19-Pandemie** erschüttert auch Polen wirtschaftlich so wie andere europäische Länder stark. Aber im Gegensatz zu anderen EU-Ländern wie Griechenland, Portugal, Italien oder Spanien ist Polen von der **weltwirtschaftlichen Covid-19-Krise** aufgrund seiner soliden Wirtschaftsstruktur weniger stark betroffen.

Polens Wirtschaft ist in vielen Bereichen **konkurrenzfähig**. In der Industrie haben neben der Fahrzeugindustrie, der Lebensmittelerzeugung und Energieversorgung nach wie vor Bergbau und Hüttenindustrie eine starke Stellung, gefolgt von Maschinen und elektrischen Geräten sowie Textilien und Bekleidung. Der Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gewinnt gegenüber Industrie und Landwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Polen kann nicht als Niedriglohmland betrachtet werden, sondern versucht zusehends, kapital- und technologieintensive Produktionszweige zu intensivieren. Die Fußballweltmeisterschaft **Euro 2012** löste zwar einen regelrechten Investitionsboom aus, allerdings hinkten die Infrastrukturmaßnahmen – Autobahnneubau und Stadionfertigstellung – deutlich hinter den Zeitplänen hinterher. Gleichwohl ist durch die Euro 2012 eine Boomwirkung (ähnlich wie bei der Fifa-WM 2006 in Deutschland) eingetreten.

Von der Einführung des **Euro**, für die die Einhaltung der strengen Maastricht-Kriterien (niedrige Inflationsrate, geringes Haushaltsdefizit sowie geringe Gesamtverschuldung des Staates und niedriges Zinsniveau) gilt, ist Polen wegen der immer noch relativ hohen jährlichen Staatsverschuldung ein gutes Stück entfernt. Allerdings zeigt die polnische Wirtschaftspolitik einen deutlichen stabilitätsorientierten Charakter in der Geld- und Fiskalpolitik. Die Pläne für die Einführung des Euro mussten permanent in die Zukunft verschoben werden (nicht vor dem Jahr 2025 oder gar 2030). Der politische Wille der national-konservativen Regierung und der polnischen Zentralbank deuten jedoch wenig darauf hin, den Euro einzuführen.

Zum nicht unproblematischen Verhältnis Polens zum Nachbarn Deutschland und zur EU: Immer wieder auftauchende Verstimmungen sind vor allem politisch von den Nationalisten und Ultra-Konservativen motiviert, betreffen weniger das Alltagsleben der Menschen, das sehr viel pragmatischer geprägt ist. Unter der Ende 2015 abgewählten Regierung von Donald Tusk und

Ewa Kopacz sowie dem ehemaligen polnischen Außenminister Radosław Sikorski hatte sich auch die Rhetorik zwischen den Regierungen positiv verändert und vor allem die Zusammenarbeit der Außenministerien fundamental verbessert. Deutschland muss ein starkes Interesse daran haben, die Stabilitätszone im mittel- und osteuropäischen Raum auszuweiten. Allerdings dominiert unter der gegenwärtigen national-konservativen Regierung unter Parteichef Jarosław Kaczyński und dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Morawiecki der Wille, die deutsch-polnischen Beziehungen sowie vor allem das Verhältnis Polen zur EU auf harte Belastungsproben zu stellen. Deutlich sichtbar ist auch die Abgrenzung der national-konservativen Regierung von der Idee der weiteren europäischen Integration und Einheit. Die Beschneidung der Rechte und Funktionsweise des Verfassungsgerichts der Republik Polen im Dezember 2015 ist ein allzu deutliches Signal, die Gewichte in der Gewaltenteilung eindeutig zugunsten der Exekutive und zuungunsten der Judikative sowie der Legislative zu verschieben. Viele Kritiker argwöhnen einen bewussten Erdbeben in Richtung eines Abgangs an klassische republikanische und europäische Werte. Die Zivilgesellschaft in Polen, aber auch andere demokratische Kräfte in Polen und in Europa sind gefordert, dieser Erosion Einhalt zu gebieten, sonst muss befürchtet werden, dass Polen in Richtung einer autoritären Herrschaft einer dominierenden Partei „abdriften“ könnte.

Polen und die Covid-19-Pandemie 2020 bis 2022

„Vor kurzem hatte ich als leitender Oberarzt in meiner Klinik in Warschau einen klassischen 24-Stunden-Dienst von Samstagmorgen bis Sonntagmorgen. Während dieser Zeit wurden viele an Covid-19 erkrankte Patient*innen eingeliefert. Nicht daran zu denken, sich mal auszuruhen oder gar hinzulegen... Unter den Eingelieferten waren auch sieben Männer im Alter zwischen 40 und 60 Jahren, die sich bereits in kritischem Zustand befanden. Alle sieben Männer waren ungeimpft, und alle sieben Männer sind innerhalb von 24 Stunden verstorben... die Leute, die dies leugnen, sollen mal zu uns kommen und sich das hier anschauen.“ (O-Ton eines Bekannten, der Facharzt im größten Warschauer Klinikum ist)

Polen ist ebenfalls von der weltweiten **Covid-19-Pandemie und Rezession ab März 2020** stark betroffen. Teilweise starben bis zu 800 Menschen täglich. Die **Impfquote** liegt aus vielfältigen Gründen **niedriger** als in Deutschland oder Dänemark. Bis März 2022 starben in Polen und anderen Ländern Ostmitteleuropas relativ zur Einwohnerzahl betrachtet mehr Menschen an Covid-19 als in fast allen anderen EU-Ländern. In Ungarn mit weniger als der Hälfte der Einwohner als Deutschland sind über 100.000 Menschen an Covid-19 verstorben. Weltweit betrachtet sind in Relation zur Bevölkerungszahl nur in Peru wesentlich mehr Menschen an Covid-19 verstorben als in Ungarn, Polen oder Tschechien. Sicherlich sind die Menschen dieser Länder nicht gerade stolz auf diese Spitzenposition. Ungarn, Tschechien und auch Polen verzeichnen in Bezug auf die Einwohnerzahl eine wesentlich **höhere Mortalitätsrate** als Deutschland, Frankreich oder Italien.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse legen nahe, dass diese hohen Sterbezahlen auch durch den hohen Alkohol- und Tabakkonsum sowie die weitverbreitete Fettleibigkeit und die Ernährungsgewohnheiten in Ländern wie Polen verursacht werden, wobei ein eindeutiger Zusammenhang besteht zwischen starkem Übergewicht und der Wahrscheinlichkeit, an einer Covid-19-Erkrankung zu sterben. Erkenntnisse von Intensivstationen zeigen unmissverständlich diesen Zusammenhang. Die Impfkampagne stockt gewaltig in Ländern wie Polen oder Ungarn. Nationalkonservative Regierungen unterschätzten lange Zeit die Gefahr einer völlig aus dem Ruder laufenden Ansteckungs- und Mortalitätswelle.

Polen in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Polen ist ebenfalls von der weltweiten Covid-19-Pandemie und Rezession ab März 2020 stark betroffen; niedrige Impfquoten, hohe Sterbezahlen, marodes Gesundheitssystem; Wachstumsimpulse mit soliden realen Wachstumsraten des BIP gehen nun verloren; deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote bis Ende 2021
- Komplexe, wenig konsolidierte Parteienlandschaft; Dominanz der national-konservativen Partei PiS („Recht und Gerechtigkeit“) nach den Parlamentswahlen Oktober 2019 und Präsidentschaftswahlen Juli 2020; liberale, linke bzw. sozialdemokratisch orientierte Parteien sind gegenwärtig schwach ausgeprägt; klare Tendenz zur Dominanz national-konservativer und populistischer Kräfte beobachtbar!
- Aushöhlung des unabhängigen Justizsystems und eindeutige Erosion europäischer Werte der Gewaltenteilung sichtbar sowie Konflikte mit der EU-Kommission sowie europäischen Partnerländern!
- Außerparlamentarische Opposition und Demonstrationen der Zivilgesellschaft stark – Bewegung KOD Komitet Obrony Demokracji (deutsch: Komitee zur Verteidigung der Demokratie); neuer Hoffnungsträger der Opposition ist der Stadtpräsident Warschaus Rafał Trzaskowski, der bei den Wahlen knapp gegen Präsident Duda verlor (Juli 2020)
- Tragödie von Katyń (Flugzeugabsturz mit 96 Todesopfern im April 2010) prägt weiterhin das kollektive Bewusstsein vieler Polen
- Problem der Perspektivlosigkeit bestimmter Gruppen von Jugendlichen; weit verbreitetes Phänomen „Hooliganismus“ im Fußball und Rechtsextremismus
- Weitverbreitete Homophobie und Ausgrenzung der LGBTI-Community
- Unzureichende Finanzausstattung nach weitreichenden Reformen im Schul- und Bildungswesen
- Enorme regionale Disparitäten zwischen Großräumen und Peripherie
- Temporäre bzw. dauerhafte Auswanderungswelle (Großbritannien, Deutschland, Irland, Skandinavien)
-> heute viele Rückkehrer, die ihre Ersparnisse in Polen investieren (Bau, Gewerbe, Handwerk etc.)

Wirtschaftsgeographie Polens

- **Region A+:** Großraum Warszawa – quasi Vollbeschäftigung, hohe Investitionsquote, Facharbeitermangel, Immobilien- und Einzelhandelsboom, Agglomerations- und Sogwirkungen ausgeprägt
- **Regionen A:** Kraków, Wrocław (Breslau), Poznań – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen
- **Regionen B:** Ostseeregion (Szczecin, Gdańsk), West- und Südwestpolen, Teile Oberschlesiens (Katowice) – bereits signifikante Arbeitslosigkeit, strukturelle Probleme sichtbar, aber verbesserte Infrastruktur und industrielle Umwandlung
- **Regionen C:** Schlesien, Zentralpolen, Südostpolen – höhere Arbeitslosenquote, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers fraglich, verbreitet notleidende Industrien, hohe Auswanderungsrate!
- **Regionen D:** Nordostpolen, Nordwestpolen, Ostpolen – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, erzwungene Auswanderung, unzureichendes Unternehmertum

Stand: Februar 2022